

info

NEWSLETTER #01/2021

SVRV
SACHVERSTÄNDIGENRAT
FÜR VERBRAUCHERFRAGEN

Der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen informiert.

Liebe Leserinnen und Leser,

als Sachverständigenrat für Verbraucherfragen beraten wir das [Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz](#) und verstehen uns im öffentlichen Diskurs als wirksamen und sichtbaren Impulsgeber zur Gestaltung einer wissenschaftlich fundierten Verbraucherpolitik.

Freuen Sie sich auf die aktuelle Ausgabe des SVRV Newsletters zu abwechslungsreichen Themen, Literaturempfehlungen und spannenden Veranstaltungen rund um die Fragen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Hier ein kurzer Überblick über wichtige Themen, die uns zurzeit bewegen:

Online-Handel, Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland, Verbraucher-Bewusstseinswandel durch Covid-19? Die Perspektive der Verbraucherinnen und Verbraucher auf das Jahr 2021: Zwischen Zuversicht und Besorgtheit.

Sollten Sie Anregungen haben oder Ihnen wichtige Informationen fehlen, nehmen wir Ihr Feedback gern entgegen.

Wir wünschen ein gutes und gesundes Jahr und eine anregende Lektüre.
Ihr SVRV



WIR ÜBER UNS

Policy Brief „Onlinehandel im Spannungsfeld von Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit“

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher interessieren sich für die Bedingungen, unter denen Konsumgüter entstehen. Nicht nur ein möglichst ungestörter Konsum, sondern auch das Wissen, dass bei der Produktion Menschenrechts- und Umweltstandards gewahrt werden, sind für sie wichtig. Auf politischer Ebene rückt das Thema Nachhaltigkeit ebenfalls immer stärker in den Fokus. So hat im November 2020 die Europäische Kommission ihre Neue Verbraucheragenda vorgelegt, die die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen soll, eine aktive Rolle im ökologischen und digitalen Wandel zu spielen. Befördert durch die Covid-19-Pandemie steigt gleichzeitig der Anteil des Onlinehandels am Einzelhandelsumsatz. Vor diesem Hintergrund hat sich der SVRV in seinem kürzlich veröffentlichten Policy Brief „Onlinehandel im Spannungsfeld von Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit“ genau mit diesen Themen auseinandergesetzt. Die Autorinnen und Autoren analysieren die aktuell geltenden Regelungen entlang der Lebensphasen eines

Produkts (von der Herstellung bis zur Wiederverwertung) und zeigen auf, dass es für Verbraucherinnen und Verbraucher praktisch unmöglich ist, sich über all diese für die Nachhaltigkeit des Produkts relevanten Vorschriften einen Überblick zu verschaffen. Daran schließt sich eine Diskussion zahlreicher Ansätze für eine Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit an. Thematisiert werden, die Einführung einer Pflicht zur Kostentragung durch Verbraucherinnen und Verbraucher für Retouren mangelfreier Waren, verbrauchervertragsrechtliche Vorschläge sowie technologische Ansätze zur Senkung des Retourenanteils bzw. zur besseren Information über die Nachhaltigkeit, sogenannte Nachhaltigkeitsfilter in Onlineshops, eine neue Ressourcensteuer und schließlich die Einführung eines Lieferkettengesetzes.

Mehr unter: <https://www.svr-verbraucherfragen.de/2020/11/30/policy-brief-onlinehandel-im-spannungsfeld-von-verbraucherschutz-und-nachhaltigkeit/>

Gemeinsame Veranstaltung von SVRV und ForTech zur Plattformregulierung wird verschoben

Die im letzten Newsletter für den 5. Februar angekündigte gemeinsame Veranstaltung des SVRV in Kooperation mit dem Lehrstuhl von [Prof. Louisa Specht-Riemenschneider](#) und der Forschungsstelle für Rechtsfragen neuer Technologien sowie Datenrecht (For Tech e. V.) „Verbrauchergerechte Plattformregulierung – Wunschtraum oder Regulierungsoption?“ muss aufgrund der Kontakteinschränkungen wegen der COVID-19-Pandemie verschoben werden. Die Veranstaltung soll auch weiterhin zumindest als hybride Veranstaltung in den Räumen des Universitätsclubs Bonn stattfinden. Eine Verschiebung war daher unvermeidbar.

Mehr unter: Weitere Informationen finden Sie im nächsten SVRV Newsletter

Besuch der SVRV-Vorsitzenden beim Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages

Am 28.10.2020 waren der Vorsitzende des Sachverständigenrates für Verbraucherfragen [Prof. Peter Kenning](#), sowie die stellvertretende Vorsitzende, [Prof. Louisa Specht-Riemenschneider](#), zu Gast im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages, um dort über den Fortgang der Arbeiten am Lagegutachten sowie über die Stellungnahme zu einer verbrauchergerechten „Plattformregulierung“ zu berichten. Die Abgeordneten zeigten sich in beiden Punkten sehr interessiert, wobei eine Diskussion insbesondere über die Maßstäbe der Plattformverantwortlichkeit geführt wurde. Hier stellte die stellvertretende Vorsitzende insbesondere darauf ab, dass nach ihrer Ansicht funktionsgerecht reguliert werden muss, d. h., dass Transaktions-, Interaktions- und Informationsplattformen entsprechend ihren spezifischen Charakteristika einer Regelung unterworfen werden sollten. Dieses Konzept hatte der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen in seiner im Juni 2020 veröffentlichten Stellungnahme vorgeschlagen. Außerdem bedarf es nach Auffassung des Sachverständigenrates zentraler Leitlinien zur Plattformregulierung sowie rechtsgebietspezifischer Detailregelungen. Hinsichtlich der Regulierung von Plattformen im Medienstaatsvertrag, die explizit angesprochen wurde, berichtete die stellvertretende

Vorsitzende über den aktuellen Stand und teilte mit, dass der Medienstaatsvertrag ein wichtiger Mosaikstein in einem Gesamtregulierungsrahmen für Plattformen darstelle. Auf europäischer Ebene sind mittlerweile mit dem Digital Services Act, dem Digital Markets Act und dem Data Governance Act grundlegende Änderungsvorschläge für die Plattformregulierung vorgelegt worden.

Mehr unter: <https://www.svr-verbraucherfragen.de/2020/10/29/gesprach-mit-mitgliedern-des-bundestagsausschusses-fuer-recht-und-verbraucherschutz-zu-grundsuetzen-einer-verbrauchergerechten-plattformregulierung/>

SVRV im Gespräch mit Mechthild Rawert, MdB

Am 15. Oktober 2020 trafen sich der Vorsitzende des SVRV, [Prof. Peter Kenning](#), die stellvertretende Ratsvorsitzende, [Prof. Louisa Specht-Riemenschneider](#) und die Leiterin der Geschäftsstelle Barbara Leier, LL.M. (Duke Univ.) mit der in den Bundestag nachgerückten Abgeordneten Mechthild Rawert, auf deren Initiative hin zum digitalen Austausch.

Frau Rawert war bereits von 2005 bis 2017 Mitglied des deutschen Bundestages und ist am 26. Mai 2020 als Nachrückerin für Dr. Eva Högl, die Wehrbeauftragte des Bundestages geworden ist, erneut in den Deutschen Bundestag eingezogen. Im Ausschuss Recht und Verbraucherschutz ist Frau Rawert Berichterstatterin für die Themengebiete Betreuungsrecht, Fairen Wettbewerb und Wahlwerbung.

Im Zentrum des Gesprächs standen die Arbeit des SVRV sowie aktuelle Verbraucherschutzthemen. Ausgangspunkt des Austauschs waren die Empfehlungen des SVRV aus dem [Policy Brief „Nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum ermöglichen“](#). Darüber hinaus wurden aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Verbraucherforschung intensiv erörtert.

Einig waren sich die Beteiligten in der Einschätzung, dass die strukturelle und institutionelle Herausbildung der Verbraucherwissenschaften noch ganz am Anfang steht und eine Weiterentwicklung notwendig ist. Besonders herausgestellt wurde schließlich, dass nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die Verbraucherpolitik auf weitere zukünftige globale Veränderungen und gesellschaftlich relevante Probleme mittels empirischer Untersuchungen und wissenschaftlicher Forschung gut vorbereitet werden müssen. Vor diesem Hintergrund betonte Frau Rawert abschließend, dass sie das im Frühjahr 2021 vorzulegende SVRV-Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland mit großer Spannung erwarte.

Mehr unter: https://www.mechthild-rawert.de/inhalt/2020-10-26/digitaler-austausch-mit-dem-sachverst-ndigenrat-f-r-verbraucherf?utm_source=dvvr.it&utm_medium=twitter

Open Science: SVRV gibt Datensätze von Befragungen in das GESIS-Datenarchiv

Open Science, also das Zugänglichmachen von Forschungsergebnissen und die Bildung von Möglichkeiten, an der Schaffung von Wissen teilzuhaben, waren dem SVRV schon immer ein besonders Anliegen, sei es in öffentlichen Diskussionsforen des SVRV, sei es bei Fokusgruppen mit Verbraucherinnen und Verbrauchern oder bei einem öffentlichen Pretest der Bevölkerungsbefragung zum Thema Verbraucher-Scoring mit anschließender Diskussion in einem Berliner Kino. Nun geht der SVRV einen Schritt weiter und wird sukzessive die Datensätze sämtlicher Bevölkerungsbefragungen, die der SVRV seit dessen Einrichtung im Jahr 2014 durchgeführt hat, im Datenarchiv von [gesis](#) veröffentlichen. Darunter sind Befragungen zu den Themen Nachhaltigkeitswissen, Vergleichs- und Vermittlungsplattformen, personalisierte Preisdifferenzierung und viele weitere. Bereits [veröffentlicht und abrufbar](#) ist die eingangs genannte Befragung zum Thema Verbraucher-Scoring.

Übergabe und Veröffentlichung des Gutachtens zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland

Der SVRV wird am 20. April 2021 sein Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland in der Bundespressekonferenz an Bundesministerin Christine Lambrecht übergeben. Damit setzt der SVRV seinen Auftrag aus dem Einrichtungserlass um, nämlich – „im jährlichen Wechsel ein Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland insgesamt und zu ausgewählten Verbraucherfragen oder –problemen“ vorzulegen. Während der SVRV bereits mehrere Gutachten zu ausgewählten Verbraucherfragen und Themen vorgelegt hat, wird er nun sein erstes breit angelegtes Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland veröffentlichen.

Aufgabe des Gutachtens ist es, die aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher zentralen Probleme und Herausforderungen darzustellen, sowie dort, wo es zweckmäßig und notwendig erscheint, Handlungsempfehlungen für die Verbraucherpolitik auszusprechen. Das Gutachten wird ab dem Nachmittag des 20. April auf der [Homepage des SVRV](#) zu finden sein.



SVRV (GE-)FRAGT

Beitrag des SVRV zum diesjährigen Consumer Day



VON RATSMITGLIED [HANS-WOLFGANG MICKLITZ](#)

Der im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz organisierte [Consumer Day](#) am 01.12.2020 stand dieses Jahr ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit und fand coronabedingt virtuell statt. Unter der Überschrift „Verbraucherpolitik im Dienst der SDGs der Agenda 2030“ diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, die in der Neuen Verbraucheragenda der Europäischen Kommission vorgesehenen Maßnahmen und entwickelten auf dieser Grundlage Handlungsempfehlungen für die Politik zur Umsetzung der Agenda 2030.

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht begrüßte zu Beginn der Veranstaltung die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und betonte die Notwendigkeit für eine nachhaltige Transformation und die in diesem Zusammenhang wichtige Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher. Den tags zuvor an ihr Ministerium übergebenen Policy Brief des SVRV „Onlinehandel im Spannungsfeld von Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit“ würdigte sie dabei als wichtige Diskussionsgrundlage für die Entwicklung des Verbraucherrechts im Sinne der Nachhaltigkeit. Nach der Vorstellung von „Visionen der Jugend für 2030“ und einer Politischen Diskussion, an der unter anderem die Justizministerin und der EU-Kommissar Didier Reynders teilnahmen, fanden fünf Workshops statt mit dem Ziel, zu einzelnen Unterthemen der Neuen Verbraucheragenda konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Als Mitglied im SVRV und federführender Autor des erwähnten Policy Briefs war ich gebeten worden, mit einem Expertenbeitrag zu Beginn einen Impuls im Workshop „Nachhaltige und faire Plattformökonomie“ zu geben. Mir ist es besonders wichtig, dass zukünftig alle Beteiligten, also Politik, Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher, Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Es genügt keinesfalls, lediglich den Kanon an Informationspflichten zu erweitern. Vielmehr ist eine holistische Perspektive und eine Verzahnung von verbraucherrechtlichen und nachhaltigkeitsrelevanten Vorschriften notwendig. In unserem Workshop diskutierten wir unter anderem die Möglichkeit, kostenfreie Retouren im Onlinehandel zu beschränken und Herstellergarantien zu erweitern. Zusätzlich sollten die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Informationen über die Nachhaltigkeit von Produkten erhalten. Nach Vorstellung der Ergebnisse der Workshops und einer abschließenden Diskussion in großer Runde fasste Staatssekretär Prof. Christian Kastrop die wesentlichen Ergebnisse zusammen. Die Ideen liegen nun auf dem Tisch, hoffentlich lässt die praktische Umsetzung nicht auf sich warten.

Mehr unter: <https://www.consumersinternational.org/what-we-do/world-consumer-rights-day/>

Verbraucher- Bewusstseinswandel durch Covid-19?

VON RATSMITGLIED [GERT G. WAGNER](#)



Etliche Meinungsbildner glauben, dass durch die Covid-19-Pandemie ein Bewusstseinswandel eintritt und die Menschheit zu einer weniger von klimaschädlicher globaler Arbeitsteilung und riskanten Technologien gekennzeichneten (nachhaltigen) Lebensweise [zurückkehrt](#). Freilich muss man sich fragen, ob dies bloßes Wunschdenken ist oder ob es Hinweise auf ein tatsächliches Umdenken gibt? Und selbst ein tatsächliches Umdenken würde nicht automatisch bedeuten, dass sich etwas ändert und z. B. der Klimawandel nur aufgrund eines geänderten Bewusstseins gebremst wird. Aber eine Bewusstseinsänderung würde sicherlich zu veränderten politischen Prioritäten führen.

Der SVRV hat die Chance einer Umfrage zu den Auswirkungen von Covid-19 genutzt, um Verbraucherinnen und Verbrauchern Fragen zur Einschätzung neuer Technologien zu stellen. Diese Fragen wurden von der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften (acatech) entwickelt und bereits zweimal im Rahmen des [„TechnikRadars“](#) erfragt. Auch in einer vom SVRV in Auftrag gegebenen repräsentativen Telefonbefragung im Jahr 2018 wurden diese Fragen gestellt. Der SVRV hat sie nun im Herbst 2020 (21. bis 26. Oktober) erneut stellen lassen, und zwar in einer nach Gewichtung für deutsche Wahlberechtigte mit Onlinezugang repräsentativen Befragung ([COMPASS](#)).

Gefragt wurde, für wie nützlich verschiedene Technologien für die Gesellschaft eingeschätzt werden. Geantwortet werden konnte auf einer 11er-Skala mit Werten von null (=gar nicht nützlich) bis zehn (=sehr nützlich). Die Formulierungen der Fragen stehen in Tabelle 1.

Für Angaben, die den Wertebereich von null bis zehn umfassen, kann man Mittelwerte berechnen um sich einen Überblick über die Ergebnisse für verschiedene Fragen zu verschaffen. Aus Tabelle 1 geht hervor, dass zu drei von vier Erhebungszeitpunkten erneuerbare Energien, wie Wind und Sonne, von den fünf abgefragten Technologien am nützlichsten eingeschätzt wurden. Am wenigsten nützlich wurden – ebenfalls zu allen vier Zeitpunkten – der Einsatz von Robotern zur Betreuung pflegebedürftiger Menschen und die gezielte genetische Veränderung von Nutzpflanzen für die Lebensmittelversorgung eingeschätzt. Die Bevorzugung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Digitalisierung der Wirtschaft liegen im Mittel auf den Positionen zwei und drei; jedoch wechseln diese Positionen im Laufe der Zeit: während 2017 der ÖPNV auf Platz 2 lag (in 2019 sogar auf Platz 1), liegt im Jahr 2020 die Digitalisierung vor dem ÖPNV auf Platz 2.

Tabelle 1

Wahrgenommener Nutzen von Maßnahmen zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben. Mittelwerte auf Basis einer Skala von null (gar nicht nützlich) bis zehn (sehr nützlich)

Lösungsmaßnahmen	Acatech SVRV		Acatech SVRV	
	2017	2018	2019	2020
Zunehmender Einsatz erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne für die Bekämpfung der Klimaerwärmung	8,4	8,2	8,3	7,4
Bevorzugung umweltverträglicher Verkehrsmittel wie Bahn, öffentlicher Personennahverkehr bei der Verkehrsplanung	7,9	7,6	8,6	6,5
Digitalisierung der Wirtschaft zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands	7,5	6,6	7,4	6,9
Einsatz von Robotern zur Betreuung pflegebedürftiger Menschen	3,4	3,4	3,7	3,7
Gezielte genetische Veränderung von Nutzpflanzen für die Lebensmittelversorgung	3,2	3,1	3,9	3,3

Quellen: acatech (2017 und 2019), SVRV (2018 und 2020); eigene Berechnungen.

Bei der Betrachtung der Mittelwerte fällt besonders auf, dass sie 2020 – während der Corona-Pandemie – durchgängig unter den Werten der Vorjahre liegen. Allerdings bleiben die relativen Positionen der Extremwerte erhalten: auch 2020 wird die Nützlichkeit erneuerbarer Energie am besten beurteilt, und auch 2020 liegen Pflege-Roboter und grüne Gentechnik auf dem letzten Platz. Dass der Rückgang ein Befragungs-Artefakt ist, ist eher unwahrscheinlich, da 2020 nur Befragte mit Onlinezugang teilnahmen und diese eine eher überdurchschnittliche Technikaffinität aufweisen. Auffällig ist allenfalls der konsistente Anstieg der Nützlichkeits-Einschätzung von Pflege-Robotern zwischen 2017 und 2020.

Tabelle 2 gibt für 2020 ein differenziertes Bild, das direkt vergleichbar ist mit Abbildung 6 des [TechnikRadar](#)s für das Erhebungsjahr 2017. Dabei werden die Werte der 11er-Skala – dem TechnikRadar folgend – wie folgt zusammengefasst: 0 und 1=sehr nützlich; 2 und 3=eher nützlich; 4 bis 6=ambivalent; 7 und 8=eher nicht nützlich und 9 und 10= gar nicht nützlich.

Tabelle 2 zeigt, dass sowohl erneuerbare Energien, ein Ausbau des ÖPNV und mehr Digitalisierung mehrheitlich als sehr oder eher nützlich eingeschätzt werden. Ziemlich genau umgekehrt ist das Bild für Pflege-Roboter und eine grüne Gen-Technik.

Tabelle 2

Verteilung des 2020 wahrgenommenen Nutzens von Maßnahmen zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben (Zeilenprozent)

	sehr nützlich	eher nützlich	ambi- valent	eher nicht nützlich	gar nicht nützlich
Zunehmender Einsatz erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne für die Bekämpfung der Klimaerwärmung	45	24	18	9	4
Bevorzugung umweltverträglicher Verkehrsmittel wie Bahn, öffentlicher Personennahverkehr bei der Verkehrsplanung	32	24	27	11	8
Digitalisierung der Wirtschaft zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands	35	26	25	9	5
Einsatz von Robotern zur Betreuung pflegebedürftiger Menschen	8	15	24	21	33
Gezielte genetische Veränderung von Nutzpflanzen für die Lebensmittelversorgung	6	9	28	23	34

Auf Basis einer Skala von 0 (gar nicht nützlich) bis 10 (sehr nützlich) werden die Werte wie folgt bezeichnet: 0 und 1=sehr nützlich; 2 und 3=eher nützlich; 4 bis 6 ist ambivalent; 7 und 8=eher nicht nützlich und 9 und 10= gar nicht nützlich

Quellen: SVRV (2020); eigene Berechnungen.

Vergleicht man alle vier Messzeitpunkte, dann zeigt sich – wie bei den Mittelwerten oben – zunächst ein konsistentes Bild. Erneuerbare Energien, ein Ausbau des ÖPNV und mehr Digitalisierung werden von Mehrheiten der Bevölkerung unterstützt, während Pflegeroboter und grüne Gentechnik mehrheitlich abgelehnt werden. Was freilich auffällt ist der Rückgang der gemessenen durchschnittlichen Nützlichkeit der favorisierten Technologien im Jahr 2020, mitten in der Corona-Pandemie – wobei die „Medizintechnik“, nämlich Pflege-Roboter, mit einem kleinen Anstieg der Nützlichkeitseinschätzung die [Ausnahme bildet](#).

Man sollte einmalig gemessene subjektive Angaben nicht überinterpretieren. Aber es fällt auf, dass die Nützlichkeit umweltbezogener Technologien (erneuerbare Energien und ÖPNV) während der Corona-Pandemie weniger stark eingeschätzt wird als zuvor. Könnte es also sein, dass Umweltschutz als eine Art Luxusgut angesehen wird? Es wird in den nächsten Jahren spannend sein zu beobachten, ob Corona und die damit stärker in den Vordergrund getretenen medizinischen Technologien (etwa Beatmung, Impfung), die vom TechnikRadar nicht jährlich erfasst werden, wirklich zu einer Verschiebung der Technikpräferenzen von Verbraucherinnen und Verbrauchern geführt haben bzw. führen werden.

Die Perspektive der Verbraucherinnen und Verbraucher auf das Jahr 2021: Zwischen Zuversicht und Besorgtheit



VON RATSMITGLIEDERN [PETER KENNING](#) UND [HANS W. MICKLITZ](#)

Die Covid-19-Pandemie hat die Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher im zurückliegenden Jahr auf vielfältige Weise beeinflusst. Sie wird die Verbraucherinnen und Verbraucher auch im Jahr 2021 weiterhin vor viele Herausforderungen stellen. Von besonderer Bedeutung werden wohl Herausforderungen und Probleme finanzieller Art sein. Um einen Einblick in die damit verbundenen Stimmungen und Einschätzungen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhalten, hat der SVRV im Rahmen des Online-Panels „COMPASS“ bei infratest dimap eine Befragung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse von COMPASS erheben den Anspruch, nach Gewichtung für die in Deutschland Wahlberechtigten mit Online-Zugang repräsentativ zu sein.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass ein großer Teil der befragten Verbraucherinnen und Verbraucher finanziell eher unbesorgt in das Jahr 2021 schaut. Ein kleinerer, aber durchaus nennenswerter Teil hingegen ist besorgt, dass die Covid-19-Pandemie ganz persönliche finanzielle Konsequenzen haben könnte. Greift man beispielsweise die Gruppe derjenigen heraus, die sehr große oder große Sorgen hat, in den nächsten zwölf Monaten geringere Einkünfte zu erzielen, so liegt der entsprechende Anteil bei 24 Prozent der Befragten. Insbesondere besteht die Sorge, dass die Lebenshaltungskosten steigen werden und der Staat die Kosten der Covid-19-Pandemie durch Steuererhöhungen refinanzieren könnte. Insbesondere jüngere und einkommensschwache Verbraucherinnen und Verbraucher schauen mit größerer Sorge auf das noch junge Jahr 2021. Angesichts dieser Ergebnisse könnte eine kontinuierliche Überwachung der Verbraucherüberschuldung durch die Verbraucherpolitik, wie sie auch bereits von der EU-Kommission angeregt wurde, durchaus ratsam sein.

Konkret wurden mit explizitem Bezug auf die durch die Covid-19-Pandemie geprägten, dynamischen Entwicklungen der wirtschaftlichen Lage vom 12.11.2020 bis zum 17.11.2020 die folgenden fünf Fragen zur Einkommenserzielung und -verwendung gestellt:

1. Machen Sie sich Sorgen, dass Sie aufgrund von Einkommenseinbußen in der Corona-Krise im nächsten Jahr auf Ihre Ersparnisse zurückgreifen müssen?
2. Machen Sie sich Sorgen, dass Sie als Folge der Corona-Krise im nächsten Jahr geringere Einkünfte haben werden?
3. Sind Sie besorgt, dass Sie im nächsten Jahr Schwierigkeiten als Folge der Corona-Krise haben werden, Ihre etwaigen Kredite zurück zu zahlen?
4. Sind Sie besorgt, dass im nächsten Jahr als Folge der Corona-Krise Ihre Lebenshaltungskosten steigen werden?
5. Sind Sie besorgt, dass der Staat zur Refinanzierung der Kosten der Corona-Krise im nächsten Jahr die Steuern erhöhen wird?

Wie ausgeprägt ist die Sorge, aufgrund der Pandemie in 2021 aufgrund von Einkommenseinbußen auf Ersparnisse zurückgreifen zu müssen?

Auf die Frage, ob die Befragten aufgrund der Covid-19-Pandemie besorgt sind, in den nächsten zwölf Monaten auf ihre Ersparnisse zurückgreifen zu müssen, gaben 20 Prozent der Befragten sehr große Sorgen oder große Sorgen an. 31 Prozent der Befragten haben hingegen gar keine Sorgen diesbezüglich. Eine differenzierte Analyse hinsichtlich der Altersgruppen zeigt, dass insbesondere die jungen Befragten im Alter von 18 bis 29 Jahren besorgt sind, auf ihre Ersparnisse zurückgreifen zu müssen. Hier lag der Wert derjenigen, die sehr große Sorgen oder große Sorgen äußerten, bei 30 Prozent. In der Altersgruppe der über 60-jährigen lag dieser Wert bei 12 Prozent.

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Einkommensklassen, gemessen am monatlichen Nettohaushaltseinkommen (MNHH), ergibt sich ein ähnlich heterogenes Bild. So äußern in der untersten Einkommensklasse (MNHH unter 1.500 Euro) 12 Prozent der Befragten sehr große Sorgen um ihre Ersparnisse. In der obersten Einkommensklasse (MNHH mindestens 4.500 Euro) waren es hingegen nur 3 Prozent.

Wie ausgeprägt ist die Sorge, in 2021 aufgrund der Pandemie geringere Einkünfte zu haben?

Auch aufgrund der besonderen Bedeutung, die arbeitsmarktpolitische Instrumente wie bspw. die Kurzarbeit im Rahmen der Covid-19-Pandemie gewonnen haben, war es Gegenstand der zweiten Frage, Informationen darüber zu erhalten, ob die Befragten besorgt sind, dass sie als Folge der Covid-19-Pandemie in den nächsten zwölf Monaten geringere Einkünfte haben werden. Diesbezüglich zeigen die Daten, dass 24 Prozent der Befragten hier sehr große Sorgen bzw. große Sorgen geäußert haben (13 Prozent sehr große Sorgen, 11 Prozent große Sorgen).

Die differenzierte Datenanalyse zeigt erneut Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Auch hier sind insbesondere jüngere Befragte im Alter von 18 bis 29 Jahren in höherem Maße besorgt. In dieser Altersgruppe liegt der Anteil derjenigen, die sehr große Sorgen oder große Sorgen haben, bei 28 Prozent (21 Prozent sehr große Sorgen, 7 Prozent große Sorgen). Bei den älteren Befragten (d. h. 60 Jahre und älter) ist dieser Anteil deutlich geringer mit 13 Prozent (6 Prozent sehr große Sorgen, 7 Prozent große Sorgen). Übergreifend ist allerdings festzuhalten, dass in allen Altersgruppen der überwiegende Anteil der Befragten angibt, unbesorgt zu sein – je Altersklassen gaben jeweils 45 bis 66 Prozent an, sich geringe oder gar keine Sorgen zu machen.

Im Hinblick auf die verschiedenen Einkommensgruppen, äußern auch hier insbesondere Befragte der beiden niedrigeren Einkommensklassen große oder sehr große Sorgen, in den nächsten zwölf Monaten geringere Einkünfte zu haben (13 Prozent in der Gruppe mit einem MNHH unter 1.500 Euro; 16 Prozent in der Gruppe mit einem Einkommen von 1.500 bis unter 3.000 Euro). In der Gruppe derjenigen, die über ein monatliches Nettohaushaltseinkommen von mindestens 4.500 Euro verfügen, beträgt dieser Anteil hingegen nur 7 Prozent.

Wie ausgeprägt ist die Sorge, aufgrund der Pandemie in 2021 Kreditverpflichtungen nicht nachkommen zu können?

Ein ähnliches Bild ergibt die Analyse im Hinblick auf die dritte Frage, nämlich nach der Sorge davor, in den nächsten zwölf Monaten aufgrund der Pandemie Schwierigkeiten zu haben, bestehende Kredite zurückzahlen zu können. Die Ergebnisse zeigen, dass etwa 11 Prozent aller Befragten große oder sehr große Sorgen haben, ihre Kredite nicht zurückzahlen zu können (7 Prozent sehr große Sorgen, 4 Prozent große Sorgen). Im Kontext dieser Frage ist es aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass ein hoher Anteil der Befragten (44 Prozent) angab, dass die Frage nicht auf sie zu trifft. Ein Grund dafür könnte sein, dass diese Befragten gar keinen Kredit zu dem Befragungszeitpunkt aufgenommen hatten.

Betrachtet man ausschließlich diejenigen Befragten differenzierter, für die Kreditzahlungen relevant sind (n = 723), so zeigt sich, dass auch hier insbesondere die Befragten der jüngsten Altersgruppe (18 bis 29 Jahre) sehr große Sorgen (15 Prozent) haben, ihre bestehenden Kredite nicht zurückzahlen zu können. Bei den mindestens 60-jährigen Befragten lag dieser Anteil der sehr Besorgten bei lediglich 4 Prozent. Im Hinblick auf die Einkommensgruppen zeigt sich, dass vor allem die Gruppe der Befragten mit einem mittleren monatlichen Nettohaushaltseinkommen (1.500 bis unter 3.000 Euro), sehr besorgt ist, etwaige Kredite in den kommenden zwölf Monaten nicht begleichen zu können. Konkret waren 17 Prozent der Befragten dieser Gruppe sehr besorgt.

Wie ausgeprägt ist die Sorge, dass aufgrund der Pandemie in 2021 die Lebenshaltungskosten steigen werden?

Bezüglich der Frage, ob Sorge besteht, dass die Lebenshaltungskosten pandemiebedingt im Jahr 2021 steigen werden, ergibt sich ein deutlich anderes Bild. Im Vergleich zu den vorherigen Fragen scheinen mehr Befragte besorgt zu sein. So geben 40 Prozent der Befragten an, sehr große Sorgen oder große Sorgen zu haben, 33 Prozent sind teilweise besorgt.

Insbesondere jüngere Befragte im Alter von 18 bis 29 Jahren sind stärker besorgt (19 Prozent sehr große Sorgen, 21 Prozent große Sorgen), dass ihre Lebenshaltungskosten im nächsten Jahr steigen werden. Bei den Befragten der Altersgruppe „60 Jahre und älter“ liegen die Werte derjenigen, die sehr große Sorgen zum Ausdruck bringen, etwas darunter (13 Prozent sehr große Sorgen, 25 Prozent große Sorgen).

Zwischen den Einkommensgruppen gemessen am monatlichen Nettohaushaltseinkommen (MNHH), zeigt sich ebenfalls eine klare Differenzierung. So äußern die Befragten in der untersten Einkommensklasse (unter 1.500 Euro) sowie in der zweituntersten Einkommensklasse (1.500 bis unter 3.000 Euro) häufiger große oder sehr große Sorgen im Vergleich mit den Befragten der höheren Einkommensklassen. So liegt der kumulierte Anteil derjenigen Befragtengruppen mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen „unter 1.500 Euro“ bzw. „von 1.500 bis unter 3.000 Euro“ bei jeweils 45 Prozent. Bei jenen Befragtengruppen mit einem monatlichen Nettohaushaltseinkommen von „3.000 bis unter 4.500 Euro“ bzw. „4.500 Euro und mehr“ liegt dieser Anteil hingegen bei 32 bzw. 31 Prozent.

Wie ausgeprägt ist die Sorge, dass der Staat zur Refinanzierung der Kosten der Corona-Krise in 2021 die Steuern erhöhen wird?

Befragt man die Menschen schließlich danach, ob sie besorgt sind, dass der Staat zur Refinanzierung der Kosten der Corona-Pandemie im nächsten Jahr die Steuern erhöhen wird, überwiegt nun erstmalig der Anteil der Befragten, die besorgt sind: 29 Prozent der Befragten äußerten diesbezüglich sehr große Sorgen sowie 31 Prozent große Sorgen. Lediglich 3 Prozent äußerten in diesem Kontext gar keine Sorgen.

Mit Blick auf etwaige Unterschiede in den Altersgruppen zeigen sich kaum Differenzen. In allen Altersgruppen äußerten jeweils über die Hälfte der Befragten große oder sehr große Sorgen, dass der Staat zur Refinanzierung der Kosten der Covid-19-Pandemie im nächsten Jahr die Steuern erhöhen wird. Die Anteile liegen zwischen 60 und 64 Prozent – einzig in der Gruppe der mindestens 60-Jährigen liegt der Anteil etwas geringer bei 51 Prozent.

Bei der Analyse etwaiger Unterschiede in den Einkommensgruppen, gemessen am monatlichen Nettohaushaltseinkommen, zeigte sich ebenso kaum ein Unterschied. So äußerte in allen Einkommensklassen jeweils die Mehrheit große oder sehr große Sorgen, dass der Staat zur Refinanzierung der Kosten der Covid-19-Pandemie im nächsten Jahr die Steuern erhöhen wird. Die Anteile liegen in allen Einkommensgruppen jeweils zwischen 57 und 63 Prozent.



SCHON GEWUSST...?

Impulsbeitrag zu globalen Wertschöpfungsketten

PUBLIKATION: ANNA BECKERS/MARKUS KÜHLERT/CHRISTA LIEDTKE/HANS-W. MICKLITZ. RECHTSRAHMEN FÜR GLOBALE WERTSCHÖPFUNGSKETTEN: AUSGANGSLAGE UND LÖSUNGSANSÄTZE.

Der Beitrag, zu dessen Mitverfassern die Ratsmitglieder [Christa Liedtke](#) und [Hans-W. Micklitz](#) zählen, wurde im Kontext des Zukunftsimpulses „Nachhaltige Lieferketten. Global kooperative Regionalwirtschaften für Wohlstand und Resilienz“ entwickelt und nimmt auch Bezug auf Beckers, A., & Micklitz, H.-W. (2020). Eine ganzheitliche Perspektive auf die Regulierung globaler Lieferketten. EWS, 6/2020, 324.

Ausgangslage

Produkte werden zunehmend in global vernetzten Wertschöpfungsketten (WSK) entwickelt, produziert, genutzt und wiederverwendet, recycelt bzw. entsorgt. Verbraucherinnen und Verbrauchern wird in Krisen, wie der Corona-Pandemie, deutlich offenbart, wie fragil diese WSK sind und wie sich bestehende soziale und ökologische Schieflagen entlang globaler WSK verschärfen. Ein Übergang hin zu resilienten, nachhaltigen und global vernetzten WSK ist erforderlich, um Gesellschaften weltweit entsprechend der VN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) sowie der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in ihrer Entwicklung zu stärken und Ungleichheiten zu verringern.

Ein durchweg ernüchterndes Monitoringergebnis der bisherigen Implementierung des *Nationalen Aktionsplans Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2016-2020* macht deutlich, dass Interventionen, die auf Freiwilligkeit basieren, nicht ausreichen.

Lösungsansätze

Der Impulsbeitrag plädiert dafür, ein wirksames Lieferkettengesetz für menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten von Unternehmen als eines der zentralen Transformationsinstrumente zu etablieren. Hierbei sollten sowohl die Wertschöpfungsketten als Regulierungsobjekt als auch die Verzahnung der beteiligten Rechtsgebiete berücksichtigt werden. Ziel sind transparente Wertschöpfungsketten, in denen die Einhaltung von internationalen und branchenspezifischen Standards, auf die ein Lieferkettengesetz Bezug nehmen sollte, durch staatliche Behörden sowie Nichtregierungsorganisationen überwacht werden. Bei der Haftung sollten neben Unternehmen auch Zertifizierungsinstitutionen in die rechtliche Verantwortung einbezogen werden. Darüber hinaus sollten globale Wertschöpfungsketten als Ganzes als Haftungsobjekt durch überlappende Haftungsmodelle adressiert werden. Um die nationale Gesetzgebung für globale Wertschöpfungsketten möglichst wirksam auszurichten, sollte sich zudem der Anwendungsbereich auf Unternehmen mit Geschäftstätigkeiten in Deutschland beziehen und ein Gesetz als zwingendes Recht ausgestaltet werden.

Um eine Integration mit dem Verbraucherschutz sicherzustellen, müssten unter anderem Unterlassungsklagen gegen eine Verletzung der Berichts- und Sorgfaltspflichten von Unternehmen als unlautere Wettbewerbshandlung im Lauterkeitsrecht verankert werden. Das Unterwandern von Mindeststandards in der Produktion sollte zudem vom Verbraucher als Sachmangel reklamiert werden können.

Mehr unter: https://www.wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/misc/Impulsbeitrag_Rechtsrahmen_Wertschoepfungsketten.pdf

<https://www.wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/5171/>

Was sich 2021 für die Verbraucherinnen und Verbraucher ändert

PUBLIKATION: VERBRAUCHERZENTRALE NORDRHEIN-WESTFALEN 09.12.2020.

Wie zu Beginn jedes neuen Jahres sind auch mit Beginn des Jahres 2021 für Verbraucherinnen und Verbraucher viele neue Regelungen in Kraft getreten. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat für die fünf wichtigen Themenbereiche Gesundheit und Ernährung; Wohnen, Energie und Umwelt; Arbeit, Ausbildung und Abgaben; Einkommen sowie Kommunikation, Handel und Freizeit zusammengestellt, was sich 2021 für die Verbraucherinnen und Verbraucher ändert.

Mehr unter: <https://www.verbraucherzentrale.nrw/das-aendert-sich-2021-fuer-verbraucher-54546>

Neues Online-Angebot sorgt für Transparenz und klärt Verbraucherinnen und Verbraucher auf

PUBLIKATION: VERBRAUCHERZENTRALEN NORDRHEIN-WESTFALEN UND RHEINLAND-PFALZ. INFORMATIONSPLATTFORM „FAKTENCHECK-GESUNDHEITSWERBUNG“.

Die Verbraucherzentralen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben eine neue Informationsplattform ins Leben gerufen: Auf der Webseite „[faktencheck-gesundheitswerbung](https://www.faktencheck-gesundheitswerbung.de)“ sollen faktenbasierte Inhalte für mehr Transparenz im Bereich der digitalen Gesundheitsinformationen sorgen und damit die Gesundheitskompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Die Internetplattform ist Teil des Projekts „Verbraucherschutz im Markt der digitalen Gesundheitsinformationen und Individuellen Gesundheitsleistungen“, das vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) gefördert wird.

Mehr unter: <https://www.faktencheck-gesundheitswerbung.de>

Globaler Onlinehandel

PUBLIKATION: VERBRAUCHERZENTRALE BUNDESVERBAND E.V. VERBRAUCHERFRUST STATT EINKAUFSGLÜCK. ERKENNTNISSE AUS DER MARKTBEOBACHTUNG. 24. NOVEMBER 2020.

Während der Corona-Pandemie ist der Umsatz im Online-Handel gestiegen. Angesichts ihrer eingeschränkten Mobilität und teilweise geschlossener Läden war es für viele Verbraucherinnen und Verbraucher praktisch, online zu bestellen und Waren nach Hause geliefert zu bekommen. Bei Online-Marktplätzen wie

Ebay, Amazon Marketplace oder Wish können Verbraucherinnen und Verbraucher Waren aus aller Welt beziehen. Die Auswahl an Produkten ist stets groß und die Preise sind trotz weiter Versandwege oft verlockend niedrig. Tatsächlich gibt es bei diesen grenzüberschreitenden Online-Geschäften jedoch auch ein gewisses Frustpotenzial: Gut vier von zehn Befragten (41 Prozent), die schon einmal online etwas im außereuropäischen Ausland bestellt haben, geben an, dass dabei etwas schiefgelaufen ist. Das ergab eine repräsentative Befragung des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv).

Zu den häufigsten Beschwerdegründen zählen verzögerte sowie gänzlich ausbleibende Lieferungen, schlechte Qualität der Waren oder Schwierigkeiten, beim Widerruf und der Rücksendung. Eine Lösung gestaltet sich in solchen Fällen oft schwierig: vier von fünf Befragten (80 Prozent) haben versucht, die beschriebenen Probleme durch Kontaktaufnahme zum Online-Marktplatz oder -Händler zu klären. Jedoch hatten 60 Prozent von ihnen Schwierigkeiten den richtigen Ansprechpartner zu finden. Mitunter bleiben die Verbraucherinnen und Verbraucher auf den Kosten für die missglückten Online-Käufe sitzen: 36 Prozent der Befragten, die Kontakt aufgenommen haben, geben an, dass ihr Problem nicht gelöst wurde.

Der vzbv fordert daher, dass Online-Marktplätze stärker für die Einhaltung von Verbraucherrechten in Verantwortung genommen werden. Dies wurde im Rahmen einer [Veranstaltung am 24. November 2020](#) mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Verbraucherschutz diskutiert. Die vollständigen Untersuchungsergebnisse und Positionspapiere des vzbv sowie eine Video-Aufzeichnung der Veranstaltung sind auf der Website des vzbv verfügbar.

Mehr unter: <https://www.vzbv.de/pressemitteilung/grenzenloser-aerger-statt-bequemer-online-kauf>

Nutri-Score

PUBLIKATION: **VERBRAUCHERZENTRALE BADEN-WÜRTTEMBERG**. PODCAST "NÄHRWERTKENNZEICHNUNG FÜR LABENSMITTEL".

Seit dem 6. November 2020 gibt es mit dem Nutri-Score eine neue freiwillige Nährwertkennzeichnung für Lebensmittel. Sabine Holzäpfel, Lebensmittelexpertin der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg, und Niklaas Haskamp sprechen in einer Folge des „Verbraucherfunks“ darüber wie dieses Ampelsystem beim Einkauf hilft und wie die Bewertung eines Produkts zustande kommt. Sie wollen mehr hören? Unter dem angefügten Link finden Sie alle Folgen des „[Verbraucherfunks](#)“.

Mehr unter: <https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/lebensmittel/nutriscore-54861>

Nachhaltigkeit: Menge der Haushaltsabfälle in 2019 um zwei Kilo pro Kopf gestiegen

PUBLIKATION: **DESTATIS**. „AUFKOMMEN AN HAUSHALTSABFÄLLEN FÜR DAS JAHR 2019“ 16. DEZEMBER 2020.

Das Statistische Bundesamt (Destatis) hat am 16. Dezember 2020 vorläufige Angaben zur Menge an Abfällen privater Haushalte in Deutschland für das Jahr 2019 veröffentlicht. Demnach belief sich die Menge der Haushaltsabfälle auf insgesamt 38 Millionen Tonnen. Dies entspricht einem Anstieg um 0,8 Prozent beziehungsweise 0,3 Millionen Tonnen im Vergleich zum Jahr 2018.

Im Rahmen der Erhebung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung können diese und weitere Basisdaten zu Haushaltsabfällen in der [GENESIS-Online Datenbank](#) abgerufen werden.

Mehr unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_511_321.html

Digitalisierung: Mehr als die Hälfte der Internetnutzerinnen und -nutzer von Cyberkriminalität betroffen

PUBLIKATION: **BITKOM**. "6 VON 10 INTERNETNUTZERN VON CYBERKRIMINALITÄT BETROFFEN".

Am 03.12.2020 veröffentlichte der Digitalverband Bitkom die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Erfahrungen mit Cyberkriminalität unter Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland. Den Ergebnissen zufolge wurden 2020 bereits 6 von 10 Verbraucherinnen und Verbrauchern Opfer von Cyberkriminalität und das vor allem über Schadprogramme auf dem Smartphone oder Computer.

Mehr unter: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/6-von-10-Internetnutzern-von-Cyberkriminalitaet-betroffen>



SAVE THE DATE

09. Februar 2021

GEMEINSAME DIGITALKONFERENZ ZUM SAFER INTERNET DAY 2021 VON BMJV UND BITKOM:

„Digitale Plattformen und Gesellschaft – Wie können wir soziale Teilhabe am digitalen Fortschritt und die Debattenkultur im Netz fördern?“

► **Weitere Informationen:** https://www.bmjv.de/DE/Ministerium/Veranstaltungen/Anmeldung/Mehr-Info-zb3_node.html?cms_eventid=15215224

19. Februar 2021

VIRTUELLE KONFERENZ ZUM ABSCHLUSS DES FORSCHUNGSVORHABENS „CONPROTEC_TED“ VON CON-POLICY & FRAUNHOFER IUK-TECHNOLOGIE:

ConPolicy veranstaltet gemeinsam mit dem Projektpartner Fraunhofer IUK-Technologie die virtuelle Abschlussveranstaltung des Projekts „ConProTec_ted“. Untersucht wurde, inwieweit digitale Technologien genutzt werden können, um Ziele des Verbraucherschutzes und der Verbraucherbefähigung zu erreichen. Nach einer Einführung durch Staatssekretär Prof. Dr. Christian Kastrop, BMJV, werden die zentralen Studienergebnisse vorgestellt.

► **Weitere Informationen:** https://www.soscisurvey.de/Abschlusskonferenz_ConProTec_ted/
https://www.conpolicy.de/data/user_upload/Veranstaltungen/ConProTec_ted_Abschlussveranstaltung_Programm_Einladung.pdf

21. Februar 2021

LIVESTREAM-VERANSTALTUNG VZBV: „NACHHALTEIGE LEBENSMITTELPRODUKTION – WELCHEN PREIS ZAHLEN WIR?“

Um allen Verbraucherinnen und Verbrauchern eine nachhaltige Ernährung zu ermöglichen, ist ein grundlegender Umbau der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion notwendig. Gemeinsam mit Professor Klaus Grunert von der Universität Aarhus, Marita Wiggerthale von der Entwicklungsorganisation Oxfam sowie Dr. Jenny Teufel vom Öko-Institut will die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) diskutieren, unter welchen Bedingungen der Umbau der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion hin zu mehr Nachhaltigkeit gelingen kann und welche Rolle Verbraucher dabei spielen.

Den Livestream können Sie am Veranstaltungstag ohne Anmeldung auf der Seite der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) verfolgen.

► **Weitere Informationen:** <https://www.vzbv.de/termin/nachhaltige-lebensmittelproduktion-welchen-preis-zahlen-wir>

20. April 2021

BUNDESPRESSEKONFERENZ ÜBERGABE UND VERÖFFENTLICHUNG DES GUTACHTENS ZUR LAGE DER VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER IN DEUTSCHLAND:

Am 20. April 2021 wird der SVRV sein Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland in der Bundespressekonferenz an Bundesministerin Christine Lambrecht übergeben. Das Gutachten wird ab dem Nachmittag des 20. April auf der Website des SVRV abrufbar sein.